

# Betriebe engagieren sich gegen Abschiebung von Flüchtlingen

Fazit von SPD-Veranstaltung: Junge Asylbewerber als Lehrlinge begehrt – Aufenthaltsstatus häufig unsicher – Betroffener schilderte Erfolgsgeschichte

ANSBACH (ubr) – Mehr Unterstützung der Politik bei der Einbindung junger Migranten in den Arbeitsmarkt: Dies wurde am Samstagabend bei einem Fachgespräch zu Migration und Ausbildung gefordert. „Jung, hochmotiviert und abgeschoben“, lautete der Arbeitstitel der Veranstaltung. Vertreter der SPD-Landtagsfraktion, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer eingeladen hatte.

80 000 Ausbildungsstellen in Deutschland seien derzeit unbesetzt, so Oliver Baumbach von der IHK. Was es den Betrieben erschwere, junge Flüchtlinge auszubilden, sei, dass diese meist nur einen geduldeten Aufenthaltsstatus hätten – und sie ab einem Alter von 18 Jahren abgeschoben werden könnten.

Für die Unternehmen sei das ein Problem, da eine Ausbildung eine langfristige Investition sei. Die IHK habe deswegen bei der Politik ein Modell angeregt, wonach Migranten nach drei Jahren Ausbildung noch mindestens zwei Jahre weiterbeschäftigt werden könnten, erklärte der Vertreter der IHK Mittelfranken.

Dieses Konzept befürwortete auch Heinrich Schübel von der Handwerkskammer Mittelfranken. Denn es würde aus seiner Sicht den Betrieben Planungssicherheit geben.



Sie saßen bei der Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion in Ansbach in der Maschinenbauschule am Podium (von links nach rechts): Oliver Baumbach, Heinrich Schübel, Moderator Sascha Wächtler, Hans Beer, Angelika Weikert und Harry Scheuenstuhl.

Handwerker bilden nach seinen Worten nämlich mit dem Ziel aus, ihre Betriebe weiterzuentwickeln. Allein in Bayern gebe es zudem im Handwerk rund 10 000 unbesetzte Ausbildungsstellen.

Egal, ob Migranten hier blieben oder in ihre Heimatländer zurückkehrten, Bildung und Ausbildung nutze in jedem Fall, stellte Angelika Weikert, die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, bei dem Infoabend in der Ansbacher Maschinenbauschule fest. Fakt sei, dass sowohl jugendliche Migranten als auch Betriebe ein Problem hätten, wenn es einen unsicheren Aufenthaltsstatus während der Ausbildung

gäbe. Für das Modell „drei Jahre Ausbildung, zwei Jahre Weiterbildung“ gebe es auch bereits einen Bundesratsempfehlung, die aber von der CSU abgelehnt werde, betonte die SPD-Landtagsabgeordnete.

Diskutiert wurde bei dem Fachgespräch auch die Frage, inwieweit die beiden Kammern Firmen juristische Unterstützung geben könnten, wenn diese Auszubildende, die einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben, vor der Abschiebung schützen wollten. Der Bau-Gewerkschafter Hans Beer befürwortete einen solchen Rechtsbeistand durch die Kammern. Deren Vertreter bestätigten wiederum, dass es sehr wohl Betriebe

gebe, die sich juristisch bemühten, einen gesicherten Aufenthaltsstatus für ihre Auszubildenden zu bekommen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Harry Scheuenstuhl gab eine Anregung im Zusammenhang damit, dass die Landkreise Träger der Übergangsklassen sind, in denen junge Migranten Deutsch lernten. Als Träger dieser Klassen sollten sich aus seiner Sicht die Kreise mit Unternehmen informativ austauschen, um die jungen Leute in Ausbildung zu bringen. Es gebe auch unter den Migranten junge Leute, die bei den Betrieben sehr begehrt seien. Das Ausbildungssystem solle für alle potenziellen Bewerber offen sein.

Scheuenstuhl stellte zudem fest, das Handwerk strebe nicht danach, dass alle seine Auszubildenden später einmal Ingenieure werden sollten – sondern es brauche auch Gesellen.

In der Diskussion meldete sich Mahdi Saberi zu Wort, der 2010 als junger Asylbewerber nach Deutschland kam. Dass er mit viel ehrenamtlicher Unterstützung durch Mitschüler und Lehrer in kurzer Zeit Deutsch lernte, 2014 die mittlere Reife an der Realschule Ansbach ablegte, dann Fachabitur machte und heute in Baden-Württemberg studieren kann, bezeichnete der junge Mann selbst als einen Ausnahmefall unter den Migranten.

Foto: Brühsschwein